

Brigitte Bailer / Gerhard Ungar

Quellen und Methoden

Quellen

Vorbemerkung

Die namentliche Erfassung der Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, wie sie seit den 1990er-Jahren für verschiedene Opfergruppen – wie etwa die österreichischen Holocaustopfer, die Opfer der NS-Euthanasie oder die Opfer unter den österreichischen Roma und Sinti und die Opfer der Konzentrationslager in Österreich – durchgeführt oder zumindest begonnen wurde,¹ steht in jedem Fall vor der Frage, welche Quellen eine möglichst vollständige und zuverlässige Recherche der einzelnen Namen gewährleisten. Stets wird dabei auf Quellen unterschiedlichen Charakters und Provenienz zurückzugreifen sein. Allerdings gestaltet sich die Suche nach diesen Quellen bei hinsichtlich ihrer Verfolgung bzw. des Verfolgungsgrundes homogenen Gruppen – wie den aufgrund der „Nürnberger Gesetze“ als Jüdinnen und Juden verfolgten Menschen – etwas einfacher als bei der sehr heterogenen Gruppe der politisch Verfolgten. Standen im Zentrum der Erfassung der österreichischen Holocaustopfer die Listen jener rund 48.000 aus Wien deportierten Jüdinnen und Juden sowie die in verschiedenen europäischen Ländern bereits zusammengestellten Namenlisten der von dort in die Vernichtungslager Deportierten, so musste bei der Recherche nach den Namen der Opfer politischer Verfolgung auf verschiedenartige Bestände vorwiegend verschiedener Verfolgungsinstanzen zurückgegriffen werden. Für jede „Untergruppe“ der Verfolgten erwiesen sich andere Materialien als wesentlich, für alle „Untergruppen“ gemeinsam standen schwierig handhabbare

1 Siehe u. a.: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Die österreichischen Opfer des Holocaust, CD-ROM, Wien 2001; Florian Freund, Die Toten von Ebensee. Analyse und Dokumentation der im KZ Ebensee umgekommenen Häftlinge 1943–1945, hrsg. von Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, Wien 2010. Die Daten der österreichischen Holocaustopfer und eine repräsentative Auswahl der Opfer der Wiener Gestapo stehen auf der Website des DÖW zur Abfrage bereit: www.doew.at.

Massenquellen aus den Beständen der KZ-Gedenkstätten zur Verfügung. Die früher in der Widerstands- und Verfolgungsforschung angewandte Methode des Sammelns von Einzelschicksalen erwies sich demgegenüber vor allem als notwendige Ergänzung geeignet, wobei die dabei bestehende Gefahr immer zu vergegenwärtigen ist – besteht dabei doch eine nicht zu unterschätzende Wahrscheinlichkeit, nur „prominente“ oder leicht zugängliche Fälle dokumentieren zu können und die durchaus beachtliche Zahl der wenig bis gänzlich unbekanntem Opfer aus dem Blick zu verlieren.

Für manche Teilbereiche konnte auf Vorarbeiten zurückgegriffen werden. Vor allem in den Jahren seit 1988 sind viele Arbeiten zu regionalen und lokalen Aspekten der NS-Herrschaft entstanden, Projekte befassten sich mit einzelnen Berufsgruppen, weltanschaulichen und religiösen Gruppierungen, Verfolgung wegen der Zugehörigkeit zu nationalen Minderheiten, aus rassistischen Motiven oder wegen „abweichender“ sexueller Ausrichtung. Obwohl manche dieser Teilaspekte sehr gründlich erforscht sind und sich daher teilweise sehr wertvolle Hinweise fanden, ergibt die Zusammenschau all dieser Vorarbeiten jedoch noch immer kein zufriedenstellendes Gesamtbild, geschweige denn erlaubt sie den Versuch einer repräsentativen Einschätzung der gesamten Abläufe. In der Konsequenz blieb also letztlich der Rückgriff auf die Quellen unabdingbar.

Zu den Quellen im Einzelnen

Die für das vorliegende Projekt herangezogenen Quellen lassen sich vor allem entlang der verfolgenden Institutionen und Behörden strukturieren, in deren Zuständigkeit die Repression der im Forschungsinteresse des Projekts liegenden Gruppen fiel.² Ergänzend wurde eine Vielzahl weiterer, kleiner und oft auch verstreuter Bestände herangezogen.

Datenbestände aus dem Bereich der politischen Polizei

Aus den archivalisch überlieferten Beständen der Gestapo standen für das Projekt vorwiegend Unterlagen der Gestapoleitstelle Wien zur Verfügung, die in räumlicher Hinsicht für Groß-Wien, Niederösterreich, das nördliche Burgenland und Teile Südmährens zuständig war, Außenstellen bestanden in Wiener

² Siehe dazu die Beiträge zu Justiz, Gestapo und KZ-System.

Neustadt, St. Pölten und Znaim; auch die Grenzpolizeikommissariate unterstanden der Gestapo.³ In Relation zur Gesamtbevölkerung auf dem vorher und danach österreichischen Gebiet erstreckte sich die Zuständigkeit der Gestapoleitstelle Wien auf ungefähr die Hälfte der Bevölkerung. Die Ergebnisse quantitativer Auswertungen dieser Quellen können daher in statistischer Hinsicht, wenn auch mit gewissen Einschränkungen beispielsweise wegen der etwas anderen politisch-sozialen Struktur West- und Südösterreichs, als annähernd repräsentativ für das gesamte österreichische Gebiet angesehen werden.

Konkret konnten für das Projekt die Erkennungsdienstliche Kartei der Gestapo Wien, die sich im Wiener Stadt- und Landesarchiv befindet, sowie die Tagesrapporte der Gestapoleitstelle Wien, die allerdings erst ab September 1938 erhalten sind, und weitere Einzelakten bzw. kleine Einzelbestände herangezogen werden. Vor allem die Erkennungsdienstliche Kartei ist nahezu vollständig erhalten, anhand der fortlaufenden Indexnummern lässt sich feststellen, dass nur etwa 200 Karten von ursprünglich mehr als 11.000 Stück nicht mehr vorhanden sind. Etwas anders verhält es sich mit den Tagesrapporten. Aber auch hier sind rund 740 von ursprünglich knapp über 800 erstellten Berichten bekannt, d. h., es sind etwas mehr als 90 % des Ursprungsbestandes erhalten.

Die Auswertung der Schnittmenge der beiden Quellen ergab allerdings, dass nicht alle von der Gestapo festgenommenen Personen tatsächlich sowohl in den Tagesrapporten als auch in der Erkennungsdienstlichen Kartei verzeichnet wurden. So ist eine ganz beträchtliche Zahl von Karteikarten von Häftlingen erhalten, zu denen es keinen Eintrag im Tagesrapport gibt, andererseits werden auch viele Verhaftete im Rapport erwähnt, zu denen keine Karteikarten auffindbar waren. Nahezu vollständig fehlen im Rapport beispielsweise mit Fallschirmen über österreichischem Gebiet abgesprungene WiderstandskämpferInnen bzw. alliierte Soldaten, die sehr wohl erkennungsdienstlich behandelt wurden. Es fanden sich aber auch beispielsweise in den Zugangsbüchern der Konzentrationslager Namen von Häftlingen, die nach diesen Quellen von der Gestapo Wien eingewiesen wurden, jedoch im Wiener Quellenbestand nicht aufscheinen.

Zusätzlich verweisen auch größere Differenzen zwischen eigenen Angaben der Gestapo zur Gesamtzahl der „beamtshandelten“ Menschen und den Gesamtzahlen aus der Auswertung der Tagesberichte und der Erkennungsdienstlichen Kartei deutlich auf diese Diskrepanz, wobei beim derzeitigen Stand der

3 Franz Weisz, Die Geheime Staatspolizei: Staatspolizeistelle Wien 1938–1945. Organisation, Arbeitsweise und personale Belange, Wien 1991, S. 232.

Forschung weitgehend ungeklärt bleibt, welche Gruppen aus welchen Gründen nicht in die Berichte und/oder in die Kartei aufgenommen wurden.

Hinsichtlich der Möglichkeit einer Zuordnung der Festgenommenen zu einer der im Projekt berücksichtigten Verfolgtenkategorien zählen die Gestapo-Tagesberichte neben den im Folgenden erörterten Justizunterlagen zu den aufschlussreichen Quellen, obwohl auch hier infolge häufiger Abänderung der Kategoriebezeichnungen in den Berichten und einzelner Fehler – so scheint die katholische Gruppe um Roman Karl Scholz aufgrund einer offensichtlich fehlenden Zwischenüberschrift unter der Rubrikbezeichnung „Kommunismus, Marxismus“ auf – eine bis ins Letzte genaue und zuverlässige Zuordnung z. B. zu den verschiedenen weltanschaulichen Richtungen des Widerstandes nicht immer möglich ist. Trotzdem kann von einem hohen Maß an Genauigkeit ausgegangen werden, so dass dieses Material auch einer statistischen Auswertung hinsichtlich Haftgründen und politischen Zuordnungen unterzogen werden konnte.

Datenbestände aus dem Justizbereich

Im Justizbereich standen die bereits vom DÖW im Rahmen einer Kooperation mit der Universität Marburg bearbeiteten Akten des Volksgerichtshofs und der Oberlandesgerichte Wien und Graz⁴ sowie ebenfalls aus Kooperationen stammende Basisauswertungen der Akten der Sondergerichte bei den Landgerichten Wien, Linz, Graz und Innsbruck zur Verfügung, wodurch der größte Teil der gerichtlich verfolgten WiderstandskämpferInnen in Österreich erfasst werden konnte.

Aus dem Strafvollzug interessierten insbesondere Aufzeichnungen zu Hinrichtungen und sonstigen Sterbefällen in den Strafanstalten, wobei hier vor allem Materialien betreffend das Landesgerichtliche Gefängnis Wien und das Landesgericht Graz sowie die Strafanstalten in Berlin-Plötzensee, Brandenburg-Görden, München-Stadelheim und Halle an der Saale ebenso berücksichtigt wurden wie die Erschießungen auf diversen Militärschießstätten, hier sei vor allem der Militärschießplatz Kagran genannt, oder Massaker wie das in der Strafanstalt Stein am 15. April 1945. Hier ist unter den wichtigsten Quel-

4 Wolfgang Form / Wolfgang Neugebauer / Theo Schiller (Hrsg., in Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv), *Widerstand und Verfolgung in Österreich 1938 bis 1945. Die Verfahren vor dem Volksgerichtshof und den Oberlandesgerichten Wien und Graz. Mikrofiche-Edition und Erschließungsband zur Mikrofiche-Edition*, München 2004 bzw. 2005.

len vor allem das Sterbebuch der katholischen Gefangenenhausseelsorge am Wiener Landesgerichtlichen Gefangenhause zu erwähnen, das detailliert über Umstände und Zeitpunkt der Hinrichtungen berichtet und zumeist auch Angaben zum Delikt und zum verurteilenden Gericht macht. Ergänzend dazu wurden aber auch Unterlagen aus dem Bereich des Wiener Bestattungswesens betreffend die Urnenbestattung von Häftlingen herangezogen sowie Berichte über Sterbefälle in diversen Justizhaftanstalten.

Die gerichtlichen Unterlagen, insbesondere die vorliegenden Urteile, erlauben die präzisesten Zuschreibungen von Haft- und Hinrichtungsgründen und lassen damit auch fundierte Rückschlüsse zur politischen Zuordnung der Opfer zu.

Datenbestände aus dem Bereich der Konzentrationslager

Für die Repression aus politischen Gründen spielte das System der Konzentrationslager eine entscheidende Rolle. Österreichische Häftlinge fanden sich in allen Konzentrationslagern, wobei jedoch Dachau ungleich mehr österreichische Häftlinge aufwies als jedes andere Lager im Terrorapparat der Nationalsozialisten.⁵ Für verfolgte Frauen muss vor allem auf das KZ Ravensbrück verwiesen werden. Insgesamt konnten bisher mehr als 23.000 österreichische Häftlinge in den Konzentrationslagern im „Reich“ festgestellt werden.⁶

Als Quellen wurden dazu vor allem die in den verschiedenen Gedenkstätten erhaltenen Sterbe- und Zugangsbücher der Lager herangezogen, die jedoch hinsichtlich genauer Beschreibung und Zuordnung der Häftlinge sehr unterschiedliche Qualität aufweisen. Während das Zugangsbuch Dachau bis Herbst 1942 noch recht umfangreiche personenbezogene Angaben zu den eingelieferten Häftlingen, wie etwa Familienstand, konfessionelle Zugehörigkeit, Zahl der Angehörigen, Beruf und Wohnadresse, aufweist, finden sich in den späteren Jahren und vor allem aber in den für uns zugänglichen Materialien anderer Lager wesentlich weniger derartige Informationen. Letzteres ist vor allem darin begründet, dass die Menge des erhaltenen Quellenmaterials zu den einzelnen Lagern höchst unterschiedlich ist und vielfach der tatsächliche Häftlingsstand

5 Dies bezieht sich auf formal in den Häftlingsstand des jeweiligen Lagers aufgenommene Personen und beinhaltet nicht die aus Österreich deportierten Jüdinnen und Juden, die zum ausschließlichen Zweck der Tötung in die Vernichtungsstätten der besetzten Gebiete deportiert wurden.

6 Siehe Fußnote 5.

von den Gedenkstättenarchiven aus einer Vielfalt von unterschiedlichen Quellen rekonstruiert werden musste. Angesichts der mangelnden Verfügbarkeit konnte nur teilweise auf die Originalquellen wie die bereits erwähnten Zugangsbücher von Dachau zurückgegriffen werden, vielfach mussten die von den verschiedenen Gedenkstättenarchiven erstellten Datenbestände, die ihrerseits wieder auf einer Auswertung verschiedenartigster Originalbestände beruhen, als Arbeitsgrundlage dienen. So können etwa im Falle einiger großer Lager, wie Ravensbrück, Bergen-Belsen oder Sachsenhausen, die bis heute rekonstruierten Häftlingsverzeichnisse nur als eine Annäherung an den historischen Stand betrachtet werden, die letztlich lückenhaft bleibt. Generell bleibt zu sagen, dass die Erfassungstiefe der Häftlingsdaten im Laufe des behandelten Zeitraums abnahm, bis schließlich in der 1944 angelegten Kartei des Wirtschaftsverwaltungshauptamts das Individuum soweit verschwindet, dass nur noch die Häftlingsnummer, nicht mehr aber der Name des einzelnen Häftlings angeführt wird.

Dieser Bestand von 144.000 Karteikarten des Wirtschaftsverwaltungshauptamts der SS zum Zwangsarbeitseinsatz von KZ-Häftlingen aus dem Besitz des Deutschen Bundesarchivs und des polnischen Roten Kreuzes wurde in einem internationalen Kooperationsprojekt digitalisiert, in einer Datenbank ausgewertet und in einem letzten Schritt mit den Namen der Häftlinge verknüpft. In dieser Form stand das Material auch für das Projekt zur Verfügung und bot in vielen Fällen wertvolle Zusatzinformationen zu einzelnen Häftlingsschicksalen.

Über die Bestände aller Lager gesehen lassen diese in knapp 20 % der Fälle nicht einmal eine Zuordnung zur Häftlingskategorie der Toten zu, sodass die einzige Möglichkeit für das Projekt darin bestand, in einem ersten Schritt alle toten österreichischen Häftlinge in die Datenbank aufzunehmen, sofern nicht aus anderen Quellen nähere Angaben zur Person erschlossen werden konnten. Hier boten sich vor allem die Quellen aus dem polizeilichen Bereich an, in denen entweder der Haftgrund angeführt ist oder zumindest die Bezeichnung des zuständigen Referats Rückschlüsse erlaubt. Bei der Verknüpfung dieser Quellen ergab sich eine weitere Problematik aus dem Umstand, dass die Einträge in den Zugangsbüchern der Lager bezüglich der Schreibung der Namen, vor allem aber der Wohn- und Geburtsorte in vielen Fällen fehlerhaft sind und offensichtlich vielfach nur nach phonetischen Kriterien erfolgten.⁷ Nachdem

7 So etwa stehen Leubischdorf, Leupersdorf und Löbersdorf für Loipersdorf, Roffisch für Kohfidisch, Bushokn und Burg-Schachen für Buchschachen, Klempauksolder für Kleinbachselten, um nur einige wenige Beispiele zu nennen.

Namentliche
Erfassung
der Opfer
politischer
Verfolgung
1938–1945

diese Aufzeichnungen von verschiedensten Schreibern in unterschiedlichen Schriftarten handschriftlich geführt wurden, gab es auch immer wieder Probleme mit der Lesbarkeit. Diese Umstände erforderten teilweise beträchtlichen Rechercheaufwand, in einer gewissen Zahl an Fällen konnten beispielsweise Wohn- oder Geburtsorte nicht eindeutig verifiziert oder Einzelpersonen nicht eindeutig identifiziert werden. Im Zweifelsfall wurden in den KZ-Unterlagen als verstorben verzeichnete ÖsterreicherInnen in die Datenbank aufgenommen, auch wenn der genaue Haftgrund nicht mehr eruierbar war.

Bestände aus Nachkriegsquellen

Weitere wichtige Quellenbestände stammen aus der Nachkriegszeit. Neben den vielen Erlebnis- und Erinnerungsberichten von überlebenden Häftlingen und einer Vielzahl in den Jahren nach der Befreiung erstellter Opferlisten von höchst unterschiedlicher Qualität sind hier einerseits vor allem die Mitgliederakten des 1946 gegründeten und 1948 wieder aufgelösten überparteilichen KZ-Verbandes (Bund der politisch Verfolgten)⁸, die sich im DÖW befinden, und andererseits die in den Beständen des DÖW vorhandenen Kopien von Akten der Opferfürsorgebehörden in den österreichischen Bundesländern zu nennen. Diese Bestände erwiesen sich vor allem in jenen Fällen als äußerst hilfreich, in denen das Schicksal von Verfolgten allein aus den zeitgenössischen nationalsozialistischen Quellen nicht nachvollzogen werden konnte. Weiters wurde in vielen Fällen auf Auswertungen, wie sie im Rahmen der vom DÖW herausgegebenen Reihe „Widerstand und Verfolgung in den österreichischen Bundesländern 1934 bis 1945“⁹ sowie der Reihe „Gedenken und Mahnen 1934–1945“¹⁰ durchgeführt worden waren, zurückgegriffen.

8 Siehe dazu ausführlich Brigitte Bailer-Galanda, Der KZ-Verband: Informationen zu einer wesentlichen Quelle des Projekts der Namentlichen Erfassung der Opfer der politischen Verfolgung, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Jahrbuch 2007, Wien 2007, S. 36–49.

9 Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Widerstand und Verfolgung in den österreichischen Bundesländern 1934–1945. Eine Dokumentationsreihe, Wien 1975–1991: Wien, 3 Bde., 1975, 2. Aufl. 1984; Burgenland, 1 Bd., 1979, 2. Aufl. 1983; Oberösterreich, 2 Bde., 1982; Tirol, 2 Bde., 1984; Niederösterreich, 3 Bde., 1987; Salzburg, 2 Bde., 1991.

10 Bisher erschienen: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, Wien 1998, Ergänzungsband, Wien 2001; Heinz

Selbstverständlich erfolgte auch eine Auswertung der Aktenbestände des DÖW selbst sowie der vom ehemaligen Spanienkämpfer Hans Landauer in jahrelanger Arbeit im DÖW zusammengeführten Unterlagen zu ÖsterreicherInnen im Spanischen Bürgerkrieg, die auch in Form einer Datenbank verfügbar waren.

Methodik der Datenerfassung

Ausgangspunkt der Datenerfassung im gegenständlichen Projekt war die Auswertung der großen Einzelquellenbestände nach den jeweils quellspezifischen relevanten Inhalten und die Übertragung dieser Inhalte in elektronische Form. Zu diesem Zweck wurde nicht eine einzelne, möglichst alle Eventualitäten umfassende Datenbanklösung gewählt, sondern die Einzelquelle jeweils mit ihren spezifischen Inhalten in Tabellen bzw. relativ einfach strukturierte Datenbanken mit nur wenigen Subtabellen übertragen. So wurden als erster Schritt die großen Quellenbestände aus dem Bereich der politischen Polizei, die Quellen zu den Häftlingen der Konzentrationslager sowie die Quellen aus dem Justizbereich in jeweils eigenen Arbeitsdatenbanken erfasst und zur Weiterbearbeitung aufbereitet. Im Falle von Listen und Karteikarten wurde auf die möglichst vollständige Erfassung des Materials Wert gelegt, so wurden auch Einträge, die auf den ersten Blick als nicht sonderlich relevant erschienen, übernommen, da erfahrungsgemäß vieles davon im Kontext mit anderen Informationen plötzlich von Bedeutung sein kann.

Nach dem Abschluss der Basisdatenerfassung lag dann der Schwerpunkt der Arbeiten bei der Verknüpfung, Überprüfung und Auswertung des bis dahin gesammelten Materials. Die gesammelten Daten wurden in einem weiteren Schritt automatisch miteinander verknüpft, wobei, soweit möglich, den einzelnen Einträgen nach Übereinstimmung in den Parametern Name, Vorname und Geburtsdatum ein jeweils eindeutiger numerischer Schlüssel zugewiesen wurde. Je nach Qualität und Zuverlässigkeit der Daten, was sich bei den verschiedenen Quellenbeständen als höchst unterschiedlich erwies, gelang es, bis zu 50 % der Verknüpfungen maschinell herzustellen. Weitere Abgleiche erfolgten dann schrittweise unter Weglassung einzelner Grundparameter bzw. Hinzufügung neuer Parameter. So wurde beispielsweise in einem weiteren Durchgang

der Vorname aus dem Abgleich herausgenommen und durch den Geburtsort als weiteres Abgleichsmerkmal ersetzt. Auch Angaben zum Wohnort, Sterbedatum und Ähnliches konnten in manchen Fällen einer Identifizierung dienen, wobei die Gewichtung dieser Parameter im Einzelfall sich als durchaus nicht unproblematisch erwies. Beim verbleibenden Rest des Samples, je nach Quelle zwischen 20 und 40 %, erfolgte die Zuweisung des Schlüssels nach Einzelüberprüfung. Ziel dieser Vorgangsweise war es, die inhaltlich unveränderten Einträge der einzelnen Tabellen in einem Cluster zu verbinden und damit eine Gesamtanfrage über den gesamten ausgewerteten Quellenbestand in allen vorkommenden Varianten, etwa der Namensschreibung, zu ermöglichen. Diese Vorgangsweise hatte sich nach langjähriger Erfahrung als höchst zweckmäßig für den Bereich derartiger Erfassungsprojekte erwiesen.

Die Vielfalt und die insgesamt sehr heterogene Art der verwendeten Quellen machten die Arbeit am Abgleich verschiedenster Einzelinformationen allerdings überaus schwierig und langwierig. Vielfach reichte nicht der Abgleich zweier Einzelquellen, oft musste der Abgleich über mehrere Stationen mit jeweils quellenspezifischen Informationen geführt werden, um letztlich in der Verknüpfung das gewünschte Ergebnis zu erzielen. Anders als beim Projekt „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“, das sich zum Großteil auf eine verhältnismäßig einfach einzugrenzende Opfergruppe mit vielfach vergleichbaren Verfolgungsabläufen bezog, war im gegenständlichen Projekt von wesentlich vielfältigeren Einzelschicksalen auszugehen, ein Umstand, der den Rechercheaufwand für den jeweiligen Einzelfall beträchtlich erhöhte.

Die Erstellung der Basistabellen stand unter dem Prinzip der absoluten Quellentreue, sodass sämtliche Abweichungen etwa in der Namensschreibung, den Geburtsdaten etc., die vor allem bei den Daten aus den Konzentrationslagern sehr häufig vorkommen, übernommen wurden und auf korrigierende oder interpretierende Eingriffe verzichtet wurde. Dieser zusätzliche Arbeitsschritt erfolgte dann im Rahmen der Erstellung einer übergeordneten Tabelle, für die die möglichst korrekte Form des jeweiligen Eintrags gesucht wurde. Die verschiedenen Einträge in den Quelldateien blieben aber erhalten und sollen für den internen Gebrauch über eine komplexe Gesamtanfrage zugänglich gemacht werden.

Die Gesamttabelle, die im DÖW und im Karl von Vogelsang-Institut und auf www.doew.at zugänglich ist, umfasst Einträge zu Namen, Vornamen, Geburtsdatum, Geburtsort, Todesdatum und Todesort der einzelnen Personen, kann aber jederzeit um zusätzliche Feldeinträge aus den zugrunde liegen-

den Datenbeständen, etwa Angaben zum Beruf, Wohnort, Delikt, Haftzeiten
etc. automatisch ergänzt werden.

Namentliche
Erfassung
der Opfer
politischer
Verfolgung
1938–1945